

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung des Verbands- und Bezirks-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
 (Hilfs-Büro).
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
 Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 74.

Berlin, Sonnabend, 16. September 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Außerordentliche Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse und des Gewerksvereins der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter. — Die 11. Hauptversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volkshilfen. — Der 52. Allgemeine Genossenschaftstag. — Allgemeine Kundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

In letzter Stunde

richten wir heute noch einmal an die Abonnenten die Mahnung, das Abonnement umgehend zu erneuern, damit keine Unterbrechung in der regelmäßigen und pünktlichen Zustellung des „Gewerksverein“ erfolgt. Vor allem aber ergeht an die

Ausführungsmittel und Vertrauensleute der dringende Appell, die nächsten Sitzungen und Versammlungen zur Gewinnung neuer Abonnenten zu benutzen. Wir fördern unsere Sache am besten, wenn wir für möglichst weite Verbreitung unserer Presse sorgen. Je mehr Aufklärung verbreitet wird, um so größer die Schar unserer Vorkämpfer.

**Darum frisch ans Werk!
 Tue ein jeder seine Pflicht!**

Außerordentliche Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse und des Gewerksvereins der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter.

(Schluß)

Am Montag Vormittag wurde durch den Vorsitzenden, Kollegen Stephan, der außerordentliche Delegiertentag des Gewerksvereins eröffnet. Die Leitung der Verhandlungen wurde den für die Generalversammlung gewählten Kollegen übertragen. Zuerst erstattete der Hauptkassierer, Kollege Hoff, den Geschäfts- und Kassenbericht, aus dem ebenfalls hervorgehoben werden muß, daß der Gewerksverein infolge der neuen Tabaksteuer eine überaus große Zahl arbeitsloser Mitglieder zu unterstützen hatte, was außerordentliche Anstrengungen erforderte. Während der Berichtsperiode war der Gewerksverein an 54 Lohn- und Tarifbewegungen beteiligt, die größtenteils erfolgreich endeten. Das Gesamtvermögen belief sich am 1. Juli 1911 auf 12310,37 Mark.

Die unermüdete Tätigkeit der Beamten in dieser arbeitsreichen Berichtsperiode wurde von dem Delegiertentag dankbar anerkannt und nach dem Bericht des Hauptkassierers Vaber einstimmig Entlastung erteilt.

Hieran schloß sich ein Referat des Kollegen Hoff über die soziale Lage der Tabakarbeiter. Medner gab ein anschauliches Bild über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Tabakgewerbes und kennzeichnete scharf den schweren Schlag, der es infolge der Tabaksteuer in den letzten beiden Jahren getroffen hat. Große Arbeitslosigkeit und Mangel an Geld in der Herabsetzung der Löhne gab der Periode das Gepräge. Während 1908 noch 171 126 Vollarbeiter mit einem Gesamtjahresverdienst von 105 053 647 Mark beschäftigt waren, betrug die Zahl der Vollarbeiter im Jahre 1910 nur noch 161 311 mit einem Gesamtverdienste von 99 444 662 Mark. Es wurden also beinahe 10 000 Vollarbeiter weniger beschäftigt und der Lohnausfall betrug weit über 1/2 Mill. Mark.

In der regen Diskussion wurde die elende Lage der Tabakarbeiter grell beleuchtet. Aus allen Ausführungen aber klug heraus, daß nur eine strikte Organisation die Arbeiter in bessere soziale Verhältnisse bringen könne.

Kollege Stephan referierte im Anschluß hieran über die wirksame Förderung der Agitation. Manchen beachtenswerten Wink aus seinen reichen Erfahrungen auf diesem Gebiete gab er den Delegierten mit auf den Weg, und es wäre dringend zu wünschen, daß seine Mahnung, jetzt mit allem Nachdruck die Agitation zu betreiben, auf fruchtbaren Boden fällt. Die gegebenen Anregungen fanden einstimmigen Beifall, und aus der regen Diskussion leuchtete Arbeitsfreudigkeit und Mut zu neuem Schaffen hervor. Außer Süddeutschland soll zunächst insbesondere auch das norddeutsche Gebiet, sowie Elsaß-Lothringen durch rege Agitation bearbeitet werden.

Es wurde sodann in die Beratung der zum Statut gestellten Anträge geschritten. Dabei rief die Verdimelung der Krankenkasse mit der Gewerksvereinskasse nochmals längere Besprechungen hervor. Schließlich wurde die Beitragstrage wie folgt geregelt: Für weibliche Mitglieder werden vier Stufen (I—IV) geschaffen mit Wochenbeiträgen von 20, 30, 35 und 45 Pfennigen, für männliche Mitglieder sechs Stufen (V—X) mit Wochenbeiträgen von 30, 40, 50, 60, 70 und 80 Pfennigen. Bei besonderen Vorkommnissen wie umfangreichen Streiks und Ausperrungen ist der Hauptvorstand ermächtigt, Ertragsbeiträge zu erheben. Zur Abstimmung sind in diesem Falle die anwesenden Hauptvorstandsmitglieder heranzuziehen. An die Ortsvereine soll außerdem die Mahnung gerichtet werden, Lokalkassen zu errichten. Krankmeldungen müssen bei den Kassierern erfolgen, der Krankenschein ist vom Vorsitzenden gegenzusenden. Die bisherigen Revisionen fallen fort; die Revision im Ortsverein wird in Zukunft durch Vorsitzenden und Schriftführer vollzogen. Die Delegierten sollen in Zukunft nicht mehr nach Provinzen, sondern der Mitgliederzahl entsprechend gewählt werden. Zur Wählbarkeit ist eine zwölfmonatliche Mitgliedschaft erforderlich. Der Delegiertentag wird nicht mehr wie bisher alle fünf Jahre, sondern alle drei Jahre stattfinden. Von den Einnahmen werden 60 Prozent an die Hauptkasse abgeführt.

Das Unterstützungsweien wurde in folgender Weise geregelt: Bei Streik, Ausperrung und Maßregelung soll gewährt werden:

weiblichen und jugendlichen Mitgliedern
 Stufe I Mk. 6.50 Stufe III Mk. 8.—
 " II " 7.50 " IV " 9.—

männlichen Mitgliedern
 Stufe V Mk. 10.— Stufe VIII Mk. 13.—
 " VI " 11.— " IX " 13.—
 " VII " 12.— " X " 13.—

Verheiratete männliche Mitglieder erhalten außer der statistischen Unterstützung bis zu vier Kindern unter 14 Jahren pro Kind und pro Woche in Stufe V, VI und VII 0,75, in Stufe VIII, IX und X 1.— Mark. Dasselbe gilt auch für weibliche Mitglieder, die Witwen sind und für Kinder zu sorgen haben: Stufe I und II 30 Pf.; Stufe III und IV 40 Pfennig.

Vorstehende Unterstützungen werden auf die Dauer von 10 Wochen geleistet, der Hauptvorstand kann in besonderen Fällen weitere Unterstützung gewähren.

Bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit erhalten, wenn sie dem Gewerksverein mindestens ein Jahr (52 Wochen) ununterbrochen angehören,

weibliche und jugendliche Mitglieder			
Stufe	nach 52 Wochen	156 Wochen	260 Wochen
I	3.60 Mk.	4.20 Mk.	4.80 Mk.
II	4.20 "	4.80 "	5.40 "
III	4.80 "	5.40 "	6.— "
IV	5.40 "	6.— "	6.60 "
männliche Mitglieder			
V	5.40 "	6.— "	6.60 "
VI	6.60 "	7.20 "	7.80 "
VII	7.80 "	8.40 "	9.— "
VIII	9.— "	10.20 "	11.40 "
IX	9.— "	10.20 "	11.40 "
X	9.— "	10.30 "	11.40 "

Diese Unterstützung wird vom vierten Tage nach dem Tage der Arbeitslosigkeitsmeldung acht Wochen lang in 52 aufeinanderfolgenden Wochen gezahlt. Eine fernere Arbeitslosenunterstützung wird erst nach einer 52 wöchentlichen Beitragsleistung wiedergewährt.

Die unentgeltliche Abstempelung der Beiträge kommt in Fortfall. Anzugskosten werden gewährt, wenn das Mitglied mindestens vier Wochen am neuen Wohnorte gearbeitet hat.

Die Krankennunterstützung, welche erst nach 26 Wochenbeiträgen gezahlt wird, beträgt für weibliche und jugendliche Mitglieder

Beitragsstufe	I pro Woche	2.— Mk.
II	"	3.— "
III	"	4.50 "
IV	"	6.— "

für männliche Mitglieder	
Beitragsstufe	V pro Woche 3.— Mk.
VI	" " 4.50 "
VII	" " 6.— "
VIII	" " 9.— "
IX	" " 12.— "
X	" " 15.— "

und wird in einem Unterstützungsjahr (12 Monate) gezahlt für die Dauer

von 4 Wochen nach 26 bezahlten Wochenbeiträgen	8 " " 52 " "
" 13 " " 156 " "	13 " " 156 " "
" 18 " " 260 " "	18 " " 260 " "

Wöchnerinnen erhalten Unterstützung derjenigen Stufe, für welche sie Beiträge entrichtet haben, bis zu fünf Wochen

nach 52 Wochenbeiträgen
 in Stufe II in Stufe III in Stufe IV
 pro Woche 1.80 pro Woche 2.— pro Woche 2.50

Nach 156 Wochenbeiträgen wird gezahlt:

in Stufe II in Stufe III in Stufe IV
 pro Woche 2.— pro Woche 2.50 pro Woche 3.—

Nach 260 Wochenbeiträgen wird gezahlt:

in Stufe II in Stufe III in Stufe IV
 pro Woche 2.50 pro Woche 3.— pro Woche 3.50

Bei eintretender Krankheit wird diese Unterstützung mit in Anrechnung gebracht.

Der Gewerksverein zahlt wenn ein Mitglied verstorben, an dessen Hinterbliebenen ein

Begrüßungsgeld nach Höhe der geleisteten Wochenbeiträge für

weibliche und jugendliche Mitglieder:			
	nach 104 Wochen	208 Wochen	260 Wochen
Stufe I	15.— Mk.	20.— Mk.	25.— Mk.
" II	25.— "	30.— "	35.— "
" III	30.— "	35.— "	40.— "
" IV	35.— "	40.— "	45.— "
für männliche Mitglieder:			
" V	20.— "	25.— "	30.— "
" VI	30.— "	35.— "	40.— "
" VII	40.— "	45.— "	50.— "
" VIII	50.— "	55.— "	60.— "
" IX	60.— "	65.— "	70.— "
" X	70.— "	75.— "	80.— "

Mitglieder, welche vor dem 1. Januar 1906 der Kasse bereits angehört, erhalten das nach dem alten Statut gewährte Sterbegeld.

Die gefassten Beschlüsse sollen am 1. November dieses Jahres in Kraft treten. Als Agitationsbeamter wurde der Kollege Stephan einstimmig wiedergewählt, als Vertreter im Zentralrat der Kollege Kub Berlin. Dem geschäftsführenden Beamten wurde Vollmacht erteilt zur selbstständigen Erledigung der eingehenden Unterstützungsanträge. Zur Förderung der Jugendbewegung wurden 100 Mark bewilligt.

Siermit war die reichhaltige Tagesordnung erledigt, und Kollege Klein richtete in einer längeren Schlussrede nochmals einen Appell an die Delegierten zur tatkräftigen Mitarbeit für den Gewerkschaften, dessen Wachstum und Stärkung auch im Interesse des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften liege. Dem Vertreter des Zentralrats wurde für seine energische Unterstützung und Beratung der Dank des Delegiertentages ausgesprochen. Nachdem auch noch der Vorsitzende, Kollege Weizner, herzliche Abschiedsworte an die Delegierten gerichtet hatte, wurde die Tagung am 13. September, mittags 1 Uhr, mit einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf den Gewerkschaften geschlossen.

Die 11. Hauptversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung

hat in diesen Tagen in Dresden stattgefunden. Einige hundert Delegierte hatten sich aus allen Teilen des Reiches eingefunden, um die mit der Hauptversammlung verbundene Jubelfeier des vierzigjährigen Bestehens der Gesellschaft zu begehen. Zahlreiche Behörden waren ebenfalls auf der Tagung vertreten und bekundeten dadurch ihr Interesse für die Förderung der Bildungsbestrebungen. Die Hauptverhandlungen begannen mit einer Festrede des Vorsitzenden, Prinzen Schönauich-Carolath, der die noch lebenden anwesenden Mitbegründer der Gesellschaft, Geheimrat Kalle-Wiesbaden, Geheimrat Dr. Böhmert-Dresden und Redakteur Klein-Danzig aufs herzlichste begrüßte und ihre hohen Verdienste kennzeichnete. Er gedachte in gleicher Weise der hingeshiedenen beiden ersten Vorsitzenden der Gesellschaft, Schulze-Delisch und Rickert und führte des weiteren aus, daß die Arbeit der Volksbildungsvereine dem tiefen Bedürfnis des Volkes nach allem Großen, Guten und Schönen entgegenkomme. Weite Kreise der Arbeiterschaft wenden sich allerdings der sozialdemokratischen Bildungsarbeit zu, aber doch zählt die Gesellschaft zahlreiche Arbeiter- und Handwerkervereine zu ihren Mitgliedern. Die Gesellschaft wolle durch ihre Volksbildungsarbeit die Freude am Vaterlande und die Opferwilligkeit dafür erhöhen.

Durch ihre Bibliotheken trägt sie das gute Buch in Tausende von Familien, bringt weiten Schichten der Bevölkerung durch ihre Vorträge Belehrung und Unterhaltung, führt auf den Volksunterhaltungsabenden die verschiedenen Volksklassen zu freundslichem, geistlichem Verkehr zusammen und bekämpft damit den Skatengeist. Sie lehrt die Wohlhabenden ihre sozialen Pflichten erfüllen. Die Arbeit der Gesellschaft hat sich ausgedehnt. Sie veräußerte im letzten Jahre eine halbe Million Mark. Ihr Vermögenstand stieg auf 800 000 Mark. Sie wurde freundlich unterstützt von vielen Seiten, insbesondere auch von der Presse, fand aber auch Widersacher und Gegner. Sie ist keine Traktatengesellschaft. Das war sie nie und wird es niemals sein. Vierzig Jahre hindurch hat sie ihre Schuldbüßung getan. Von den Männern, die in ihr gearbeitet haben, wird man in gerechter Beurteilung ihres Strebens und Wirkens einmal sagen

müssen, daß sie ihr deutsches Volk lieb gehabt, daß sie ihm Treue erzeigt und Treue gehalten haben.

Diesen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgten Ansprachen der begrüßten Senioren der Gesellschaft. Sodann wurde in den Hauptgegenstand der Verhandlungen eingetreten: Die Zusammenfassung der freiwilligen Volksbildungsbestrebungen. Den einleitenden Vortrag über die Notwendigkeit der Zusammenfassung der Volksbildungsarbeit hielt Professor Wolff-Kiel, der folgende Grundsätze aufstellte:

1. Die Bestrebungen zur Verbreitung von Volksbildung erfordern immer entschiedener einen Zusammenschluß aller auf diesem Gebiete wirksamen Kräfte.
2. Ein Zusammenschluß der freiwilligen Volksbildungsbestrebungen begegnet der weit verbreiteten Zersplitterung aller auf dieses Ziel gewandten Arbeitskräfte und finanziellen Mittel, erhöht damit die Leistungsfähigkeit wie den Erfolg der Bildungsorganisationen.

3. Ein Zusammenschluß ermöglicht nicht nur die Gewinnung neuer Bildungsmittel, auch die wirksame Uebernahme neuer, dringender Aufgaben der deutschen Volksbildung, wie sie namentlich die Jugendpflege, die staatsbürgerliche Erziehung, der Kampf gegen Schmutz und Schund, die Heimatspflege, die Organisation der Vortragsermittlung, die Ausdehnung der Volkshochschulkurse darstellt.

4. Vor allem führt erst ein Zusammenschluß der deutschen Volksbildungsbestrebungen über die Verbreitung von bloßem Wissen hinaus, das vielfach zusammenhanglos bleibt, zu dem zielbewussten Streben nach einer innerlich zusammenhängenden Bildung am Volksscharakter.

5. Eine solche Heberbildung aller Bevölkerungsschichten zu selbständiger Urteilskraft bildet die notwendige Ergänzung des allgemeinen Wahlrechtes.

6. Mit vereinter Kraft wird es möglich sein, neben der geistigen Erziehung der breiten Volksschichten die wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen aller gebildeten Kreise inheimatisch zu fördern, sowie durch organische Zusammenfassung aller Kulturmittel eine in aufsteigender Linie geschlossene Einheit in der Bildung des deutschen Volkes zu begründen.

Seine Ausführungen wurden ergänzt und unterstützt durch den Generalsekretär Lewy-Berlin, der u. a. auch auf den Widerstand hinwies, den die politischen Parteien, soweit sie selbst Bildungseinrichtungen geschaffen haben, der Einigung entgegenstellen. Diese Widerstände sind jedoch nicht unüberwindlich. Weiter führte er die Verdienste auf, die sich eine Reihe von großen Städten durch Errichtung von Büchern und Vorkursen erworben haben. Indessen Reizes und Vorkursen könne nur geboten werden, wenn es möglichst vielen gleichzeitig geboten wird. Deshalb muß ein Zusammenschluß der Bildungseinrichtungen eritreit und geschaffen werden. Damit wird auch ein gemeinsames Band und die Bewohnerschaft der einzelnen Gemeinden geschloßen und zugleich ein Zusammengehörigkeitsgefühl hervorgerufen, das die soziale Gemeinschaft schafft und fördert.

Vortreffliche Leistungen waren auch die Referate des Bürgermeisters Dr. Weinreich-Kirchdorf über die Gemeinden als Träger der freiwilligen Volksbildung und des Direktors Dr. Feichke-Eberfeld über die Zusammenfassung der freiwilligen Volksbildungsarbeit durch staatliche Organe und durch zentrale Gesellschaften. Der letzte Redner kennzeichnete insbesondere die staatlichen Maßnahmen in der Provinz Posen und wünschte, daß eine ähnliche staatliche Tätigkeit auch in anderen Landesteilen aufgenommen werde. Verhastete Interesse erweckte auch ein Bericht des Lehrers Scholz-Dyppeln über die staatlichen Volksbildungseinrichtungen in Oberschlesien. Im Anschluß an die weiteren ausführlichen Vorträge über die Zusammenfassung der Volksbildungsarbeit wurde ein Antrag angenommen, der die Errichtung von Volksbildungshäusern, in denen alle Volksbildungsbestrebungen eine Stätte und einen Stützpunkt finden, für notwendig bezeichnet und an die Gemeinden die Bitte richtet, mit der Errichtung von Volksbildungshäusern selbst vorzugehen oder die in Betracht kommenden Faktoren anzugeben.

Von den weiteren Verhandlungen verdienen noch hervorgehoben zu werden die Referate über Wanderbüchereien, Wandtheater und Wanderkinos. Nachdem schließlich der Rechnungsbericht der Gesellschaft eritattet und dem Zentralauschuß Entlastung erteilt worden war, wurden die Verhandlungen mit dem Ausdruck des Dankes an die Stadt Dresden geschlossen. Möge es der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung vergönnt sein, bis zu ihrer nächsten Jubelfeier in zehn Jahren weitere Erfolge in ihrem legendreichen Wirken zu erzielen!

Der 52. Allgemeine Genossenschaftstag.

Bergangenen Monat fand in Stettin der 52. Allgemeine Genossenschaftstag statt, die alljährliche Generalversammlung des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Die starke Beteiligung an der Tagung — neben dem Oberpräsidenten der Provinz Pommern in Person, den Vertretern zahlreicher Reichsämter, Ministerien, Stammesbehörden, Japans usw. waren gegen 700 Abgeordnete der Verbandsgenossenschaften erschienen — erklärte sich aus den Verhandlungsgegenständen des Verbandes, der ohne Beschränkung auf einseitige Verbandsinteressen der Bedeutung des Genossenschaftswesens für das moderne Wirtschaftsleben überhaupt gerecht zu werden sucht.

Zunächst gab der Bericht des Anwalts ein Gesamtbild des deutschen Genossenschaftswesens. Danach bestehen jetzt im Reiche 30 500 Genossenschaften mit 4 1/2 Millionen Mitgliedern, wovon allein 1 Million auf die Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes entfallen. Das eigene Vermögen der deutschen Genossenschaften betrug 640 Millionen Mark. Die Hälfte davon haben die Verbandsgenossenschaften bei einem Jahresumsatz von 13 Milliarden Mark aufzuweisen. Weiter regte der Bericht die schärfste Bekämpfung des neuerlichen Mißbrauchs der Genossenschaftsform zu schwindelhaften Unternehmungen an, hob die Errichtung eines genossenschaftlichen Seminars in Halle als erstes derartiges Unversitätsinstitut hervor, warnte vor Bereicherung des Genossenschaftswesens mit Politik und behandelte im Anschluß daran das Verhältnis der Konsumvereine zu den Kleinhändlern. Ferner wies der Berichtsführer darauf hin, daß die beiden erpreisgekürzten Arbeiten des Hanjabundpreisausschreibens die genossenschaftliche Selbsthilfe zur Bebung der Kreditnot des Mittelstandes empfehlen.

Unter den Beschlüssen des Allgemeinen Genossenschaftstages sei unter den gemeinsamen Angelegenheiten die Abgabe an alle Bestrebungen hervorgehoben, welche die Genossenschaftler als Mittel im Klassenkampf verwenden wollen. Dieser Beschuß, welcher den politischen Parteien gegenüber die strengste Neutralität zur Pflicht macht, richtet sich hauptsächlich gegen die widerwärtigen sozialdemokratischen Beschlüsse auf den Parteitag in Kopenhagen und Wagnburg. Weiter protestierte die Versammlung gegen die Beschlüsse, die Verbandsrepräsentanten der behördlichen Kontrolle zu unterstellen, und ferner, den Kreditgenossenschaften zu unterlagen, ihre Sparlosentätigkeit als solche zu bezeichnen.

In den Verhandlungen der Kreditgenossenschaften wurde die schärfste Bekämpfung des Darlehensschwindels im Verein mit dem Zentralverband des deutschen Bankgewerbes beschlossen, desgleichen die möglichste Einschränkung des Borgunweins im Mittelstande durch Hintertreiben auf kaufmännische Buchführung, Unterstützung von Wanderverkehrern und Genöhung des Publikums an Barzahlung, Scheck- und Ueberweisungsverkehr. Das Bilanzschema soll im Sinne der entprechenden Vereinbarung der Großbanken vervollständigt werden.

Den Konsumvereinen wurde die doppelte Buchführung empfohlen, eingehende Grundsätze über Bilanzaufstellung, über Revision der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat und über den Anstellungsvertrag mit dem Lagerhalter beschlossen, auch der nivellierende Einfluß der Konsumvereine auf die fortgesetzte Preiserhöhung der Lebensmittel behandelt.

In den Verhandlungen der Baugenossenschaften wurden Leitsätze für die Erbauung von Kleinwohnungskolonien angenommen, welche sich auf Größe, Lage, Beschaffenheit und Preis des Baugeländes sowie auf die Errichtung der Häuser beziehen, ebenso für die Inventuraufstellung am Jahresschluß. Ueber die Frage der Liquidität wurden weitere Unternehmungen beschlossen.

Die Organisationsfragen der Handwerker-genossenschaften erluben eine eingehende Beleuchtung an Sand einschlägiger Revisionsverfahren in Baden.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 15. September 1911.

Zwischen unserm Gewerkschaften und dem christlichen Metallarbeiterverbande ist eine Reihe von Vereinbarungen getroffen worden, die sowohl im „Regulator“ als auch im „Deutschen Metallarbeiter“ veröffentlicht werden. Zweck dieser Vereinbarungen ist, zwischen den beiden Organisationen ein erträglicheres Verhältnis herbeizuführen und den terroristischen Monopolbestrebun-

gen des deutschen Metallarbeiterverbandes einen Damm entgegenzusetzen. Die Vereinbarungen sind am 30. August in Hannover getroffen und am 15. September in Kraft getreten. In ihren Grundzügen betragen sie, daß beide Organisationen in wirtschaftlichen Kämpfen einheitlich vorgehen und sich über die Taktik verständigen. Wo die beiden Verbände sehr ungleich vertreten sind, soll der größere ausschlaggebend sein, jedoch auch der kleinere gebührend berücksichtigt werden. Bei Streiks oder Ausperrungen soll eine Organisation der anderen keine Schwierigkeiten bereiten. Handelt es sich um umfangreichere Bewegungen, so treten die Hauptleitungen miteinander in Verbindung. Auch über die eventuelle Unterstützung nichtbezugsberechtigter Mitglieder soll von Fall zu Fall eine Verständigung unter den Hauptvorständen herbeigeführt werden. Gegenüber den Ausschaltungsbestrebungen gegnerischer Organisationen bei Tarifabschlüssen und Verhandlungen werden beide Verbände gemeinsam vorgehen, um sich die Anerkennung und das Mitbestimmungsrecht zu sichern.

Selbstverständlich bewahrt jede Organisation ihre volle Selbständigkeit, betreibt die Agitation für sich und beruft auch ihre Versammlungen selbst ein. Die gegenseitigen Auseinandersetzungen sollen in sachlicher und parlamentarischer Form geführt werden. Die Organisationen haben sich das Recht gewahrt, von den getroffenen Vereinbarungen zurückzutreten; doch muß dies drei Monate vorher dem anderen Teile unter Darlegung der Gründe schriftlich mitgeteilt werden. Werden die Vereinbarungen von einem Teile nicht eingehalten, so haben die Hauptvorstände einzuschreiten und für Beilegung etwaiger Differenzen Sorge zu tragen.

Soffentlich trägt dieses Bündnis dazu bei, bessere Verhältnisse in der Metallindustrie zu schaffen. Im Interesse der Arbeiterschaft läge es überhaup, wenn alle Organisationen Schuler an Schuler marschierten. Bei der Annäherung und dem Großmachtsdünkel der „freien“ Gewerkschaften ist daran leider in absehbarer Zeit nicht zu denken. Deshalb wünschen wir, daß auch zwischen unseren Gewerksvereinen ähnliche Vereinbarungen mit den entsprechenden christlichen Verbänden getroffen werden. Das Wohl der Arbeiterschaft muß jeder Organisation über alles gehen!

Das geschäftliche Ergebnis der Brüsseler Welt-Ausstellung ist nach der Zusammenstellung einer französischen Zeitschrift für Deutschland überaus günstig gewesen. Es soll dreimal höhere Verkäufe als Amerika, viermal höhere als England und fünfmal höhere als Frankreich abgegeschlossen haben. Der Umsatz Deutschlands soll zehn Millionen Francs betragen, und kein anderes Land hat die gleiche Verkaufssumme erreicht. Noch wichtiger ist dabei natürlich, daß die deutsche Industrie durch diese Verkäufe sich einen größeren Absatzmarkt geschaffen und weitere Geschäftsverbindungen angeknüpft hat, die neue Absatzgebiete eröffnen. Gerade von diesem letzteren Gesichtspunkte aus ist unser Erfolg freudig zu begrüßen. Zu danken ist das Ergebnis neben dem Unternehmungsgestir der Industriellen und der Tüchtigkeit der deutschen Ingenieure und Techniker, vor allen Dingen der Intelligenz und Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterschaft.

Arbeiterbewegung. Der Kampf in der mitteleuropäischen Metallindustrie ist in ein neues Stadium eingetreten. Zwar waren die Verhandlungen in Leipzig wiederum erfolglos abgebrochen worden, trotzdem aber wird über neue Vorschläge beraten, in denen die Unternehmer etwas mehr Entgegenkommen zeigen. Welches Ergebnis diese Verhandlungen haben, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Jedenfalls aber hat das Kartell der sächsischen Bezirksverbände des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller auf Vorschlag des Kartellverbandes Leipzig einstimmig beschlossen, zunächst die Aussperrungen in Chemnitz und Dresden aufzugeben. Sie sollen jedoch am 27. September in vollem Umfang wieder aufgenommen werden, falls bis zum 23. September die Verhandlungen in Leipzig nicht zu einer vollen Einigung geführt haben. Daraus kann man immerhin schließen, daß der Wunsch nach Frieden auf Seiten der Unternehmer stärker geworden ist. Die Bewegung der Elektromonteur und Helfer in Berlin dauert zunächst noch fort. Es stehen aber Einigungsverhandlungen bevor, die den Abschluß des Kampfes erwarten lassen. Auch in Hannover sind die Elektromonteur und ihre Helfer in den Streik getreten, weil die Arbeitgeber auf die eingereichten Forderungen sich nicht geäußert haben. In Wiesbaden sind die Schlosser und Oberleitungsarbeiter der Straßenbahn wegen

Lohnforderungen und Entlassung eines Kollegen ausständig geworden. — Nach Unwünschlichem stampe haben die Lederarbeiter in Elmshorn die Arbeit wieder aufgenommen. Die Hauptforderung auf Einführung von Mindeststundenlöhnen konnte nicht durchgesetzt werden. — In der Schuhfabrik von Herbold & Mattwinkel in Barmelskirchen sind Differenzen ausgebrochen, die zur Einreichung der Kündigung führten. Infolgedessen hat der Arbeitgeberverband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten des dortigen Bezirkes 1500 Arbeiter ausgesperrt.

In Bilbao in Spanien ist der Generalstreik ausgebrochen. Die gesamte Arbeit und jeder Verkehr ruhen. Die Bewegung trägt einen revolutionären Charakter, und es ist mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Truppen gekommen.

Christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen. Unter dieser Stichmarke haben wir in unserer letzten Nummer aus der „Rhein. Westf. Ztg.“ einen Bericht abgedruckt, der angeblich von einem ausgezeichnet unterrichteten katholischen Geistlichen herrühren sollte. In unseren Schlussbetrachtungen haben wir bereits Zweifel an der Zuverlässigkeit dieses Berichts zu erkennen gegeben. Jetzt veröffentlicht die „Germania“ eine von den Kardinalen Tr. Fischer-Cölln und Dr. Kopp-Breslau gemeinschaftlich unterzeichnete Erklärung, daß die Mitteilungen der „Rhein. Westf. Ztg.“ über die diesjährige Bischofskonferenz zu Sulda in jeder Beziehung unrichtig seien.

Wo sitzen die Streikbrecher? In der letzten Nummer des „Requarator“ finden wir folgende Notiz, die wir für etwaige Anrembungen vorzumerken bitten:

Die bei der Firma Gebrüder M. in Geesemünde beim Rohbau beschäftigten, zum Teil im „freien“ Bauarbeiterverband organisierten Arbeiter forderten unter anderem eine Erhöhung des Stundenlohnes von 15 auf 40 Pfa. sowie zehnstündige Arbeitszeit. Die Firma war bereit, einen Stundenlohn von 37 Pfa. zu zahlen, lehnte es jedoch ab, mit Vertretern des Bauarbeiterverbandes zu verhandeln. Nachdem die Arbeiter am 10. resp. 11. Juli in den Streik traten, wandte sich die Firma an die bekannten Streikbrecherbureaus in Hamburg und erhielt von dort 50 Streikbrecher vermittelt, welche am 15. Juli in Geesemünde anlangen. Alle Verträge der Streikenden, die unter polizeilichem Schutze arbeitenden Arbeitswilligen zum Niederklagen der Arbeit zu bewegen, waren erfolglos. Die unter der Arbeiterschaft zirkulierenden Gerüchte, die Streikbrecher seien größtenteils Mitglieder einer modernen Kampfgewerkschaft, wurden bestätigt durch den am 20. Juli in der „Norddeutschen Volksstimme“ erschienenen Streikbericht, in welchem ausgeführt wurde, daß leider eine größere Anzahl der Arbeitswilligen Mitglieder des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“ seien. Jedoch läßt sich erwarten, daß dieselben nach erfolgter Aufklärung über den Grund des Streiks die Arbeit vorzuziehen würden. Die von der „Volksstimme“ schonend behandelten rot organisierten Herren „Arbeitswilligen“ hatten es jedoch mit der Arbeitsüberlegung gar nicht so eilig, so daß die streikenden Arbeiter gezwungen wurden, die Arbeit zu tun von der Firma gestellten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Gerade der Metallarbeiterverband und sein Organ wagen es von Zeit zu Zeit, unserer Organisation Streikbruch, Arbeiterverrat und ähnliche Niederträchtigkeiten vorzuwerfen. Obige Mitteilung zeigt am besten, wie wenig Berechtigung man auf jener Seite dazu hat, und daß man gerade genug damit zu tun hätte, den Schmutz vor der eigenen Türe wegzufegen.

Ueber den Stellenwechsel der weiblichen Dienboten hat Dr. Grünig von Waagbeud interessante Beobachtungen gemacht auf Grund von Angaben der statistischen Stelle der Stadt Görlitz. Görlitz ist eine Stadt mit harter Dienstenhaltung, da hier verhältnismäßig zahlreiche wohlhabende Rentner und Pensionäre leben. Hier zeigt sich, daß bis zum Jahre 1908 die Dienstenhaltung von Jahr zu Jahr zugenommen hat, während sie von da ab eine Abnahme zeigt. Dies tritt u. a. auch in dem Anteil der Dienboten in der weiblichen Bevölkerung zutage. Im Jahre 1902 waren von der weiblichen Bevölkerung 10,6 Proz. Dienboten. Der Anteil stieg dann auf 12,3 Prozent bis zum Jahre 1908 und ging auf 12,1 Prozent zurück bis zum Jahre 1910. Während nun der Stellenwechsel bei den gewerblichen Arbeiterinnen bis zu 300 und mehr Prozent des Bestandes beträgt, wie die Statistik der An- und Abmeldungen bei den Strafkassen zeigt, ist der Stellenwechsel bei den Dienboten nach der Görlitzer Statistik sehr viel geringer. Er betrug im Jahre 1910 nur 50 Prozent und zeigt überhaupt eine stark abnehmende Tendenz. Die Verlängerung der Dienstdauer erklärt sich vielleicht aus dem geringer gewordenen

Angebot, obwohl nicht zu verkennen ist, daß dieses auf der anderen Seite die Mädchen auch zur häufigeren Kündigung veranlassen kann.

Wegen des schweizerischen Kranken- und Unfallversicherungsgezet, das bereits die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften gefunden hat, ist eine starke Bewegung eingeleitet worden, die den Erfolg hatte, daß etwa 40 000 Unterschriften gesammelt worden sind zu dem Zwecke, das Gezet einer Volksabstimmung zu unterbreiten. Man hofft, auf diesem Wege noch in letzter Stunde das Gezet zu Fall bringen zu können. Die Gegner der staatlichen Versicherung sind zum Teil Scharfmacher, zum Teil Manchesterleute, in der Hauptsache aber wohl Versicherungsgesellschaften, die sich benachteiligt fühlen und nun mit aller Energie die Unterschriftenammlung betreiben haben. Die beantragte Volksabstimmung soll erst im nächsten Jahre stattfinden. Die Anhänger des Gesetzes haben es also in der Hand, nun ihrerseits alles auszubieten, daß die Volksabstimmung in arbeiterfreundlichem Sinne ausfällt.

Ueber den amerikanischen Arbeiter teilt der englische Generalkonjunktural in New York einige sonst wenig beachtete Tatsachen mit, die von allgemeiner Interesse sind. Er erwähnt die Eigenart des Klimas von New York mit seiner fast tropischen Hitze im Sommer und seiner außerordentlich niedrigen Temperatur im Winter. Dazu tritt zeitweise eine absolute Trockenheit der Atmosphäre. Die trockene Luft hat einen deutlich belebenden und anregenden Einfluß auf die menschliche Energie, wie englische Leichtathleten sehr oft haben feststellen können. Gleichzeitig mit dieser Energieentwicklung stellt sich eine fast krankhafte Sucht nach Fleisch und fetter Nahrung (Butter), sowie nach Eisgetränken ein, während Amerikaner in Europa meist den Genuß der letzteren aufgeben. Jeder amerikanische Arbeiter verliert, mehr Energie in seine Arbeit hineinzulegen, als der europäische Arbeiter in seinem Lande gewöhnlich tut. Da jedoch die Energieerferte in einem Amerikaner nicht größer ist als in einem Europäer, so erschöpft sich der erstere viel schneller. Physische und nervöse Erschöpfung und Verdauungsstörungen in verhältnismäßig frühem Alter ereignen sich in weitestem Maße. Der Standard des amerikanischen Arbeiters ist nur deshalb noch nicht gesunken, weil die Einwanderung immer wieder frische Arbeitermassen ins Land bringt. Bei einem Nachlassen der Einwanderung wird auch bald die vielernährte Ueberlegenheit des amerikanischen Arbeiters schwinden, dessen Menge an Lebenskraft und Energie nicht größer ist als die seiner Eltern, ob diese nun Amerikaner oder europäische Einwanderer gewesen sein mögen.

Das System der Gewinnbeteiligung hat eigentlich nirgends so recht Anklang gefunden. Selbst in England, wo es noch verhältnismäßig am weitesten verbreitet war, hat es größere Bedeutung nicht erlangt. Trotzdem gibt es Unternehmer, die daran festhalten. So hat nach einer Mitteilung in der „Soz. Kultur“ ein Volkerei-Farmenbesitzer, der schon seit zwanzig Jahren seinen Arbeitern eine jährliche Prämie zahlte, ein Gewinnbeteiligungssystem eingeführt, nach welchem auf Wunsch den Arbeitern die Prämie in die Form eingezahlt wird. Die Einlagen der Arbeiter erhalten die gleiche Verzinsung wie das Kapital des Besitzers, mindestens aber 4 Prozent. Dreieiertel aller Arbeiter, die an der Prämienverteilung beteiligt sind, haben sich für die Gewinnbeteiligung entschieden. Auch auf zwei benachbarten Farmen sind ähnliche Beteiligungssysteme eingerichtet.

Die englische Gewerkestatistik für 1910 weist eine Zahl von 1154 Trade-Unions mit 2 426 592 Mitgliedern auf. Von diesen nehmen die Organisationen im Bergbau und Steinbruch ungefähr 30 Prozent, Textilindustrie und Metall-, Maschinen- und Schiffbauindustrie weitere 30 Prozent ein. Die größte Union a. a. M. mit 16,6 Proz. haben — ein Zeichen der den Streiks vorangehenden Erregung — die Unions der Seelenle, Tod- und Werftarbeiter zu verzeichnen. An zweiter Stelle folgen die Transportarbeiter mit 10,8 Prozent. Abnahmen finden sich bei den Holzarbeitern 0,6 Prozent, Lederarbeitern 0,7 Prozent und Bauarbeitern 3,5 Prozent. Trotz der steigenden Konjunktur ist danach im Bauergewerbe der am Anfang des Jahrzehnts eingetretene Rückgang noch nicht aufgehoben.

Die Gesamtzahl der Mitglieder in allen Unions ist die höchste bisher erreichte und die Steigerung gegenüber dem Vorjahre ist 3,4 Prozent.

gegenüber 1901 23,1 Proz. Unter den Mitgliedern befinden sich 221 272 Frauen, gegen 209 573 in 1909 und 123 195 in 1901. Die meisten derselben gehören der Textilindustrie in Lancashire an. Die Zahl der Föderationen von Trade-Unions am Ende des Jahres war 113, mit einer Gesamtmitgliedszahl (in der natürlich viele Einzelmitglieder doppelt und dreifach gezählt sind) von 3 365 319. Die Vermehrung gegen das Vorjahr beziffert sich auf 6,3 Prozent. Die Zahl der lokalen Föderationen (Ortsverbände) war 251 mit einer Mitgliedschaft von 1 001 416.

Das Gesetz über die Lohnämter wird in England seitens der Behörden mit großer Gewissenhaftigkeit durchgeführt. Bekanntlich hat man solche Ämter dort zunächst für vier Industriezweige eingeführt, unter anderem auch für die Ketten schmiederei. Wie die „Soz. Prag.“ mitteilt, hatte einer der vom Handelsministerium angestellten Inspektoren, welche die Durchführung des Gesetzes zu überwachen haben, bei der Durchsicht der Bücher entdeckt, daß ein Arbeitgeber der Ketten schmiederei drei jugendlichen Arbeitern einen niedrigeren Lohn gezahlt hatte, als das Lohn- oder Gewerbeamt vorgeschrieben hatte. Er hatte für ein bestimmtes Quantum Ketten nur 13 Mark bezahlt, während der festgesetzte Mindestlohn dafür 17 Mark betrug. Obgleich der Angeklagte zu seiner Entschuldigung anführte, daß er die Bedeutung der „weißen Liste“ nicht verstanden hätte, wurde er doch zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt. Er mußte den Arbeitern die zu wenig gezahlten Löhne und außerdem 100 Mark Geldstrafe zahlen, so daß ihm alles in allem (Löhne, Geldstrafe, Kosten des Verfahrens) seine Uebertretung des Gesetzes auf mehr als 640 Mark zu stehen kam.

Die „weiße Liste“, auf deren Erkenntnis sich der Angeklagte berief, gründet sich auf eine eigenartige Vorschrift des englischen Lohnämtergesetzes. Als Regel treten die festgesetzten Löhne sechs Monate nach ihrer Veröffentlichung in Kraft; diejenigen Arbeitgeber aber, welche sich durch Unterschrift berechtigt erklären, die gesetzlich festgesetzten Mindestlöhne sofort zu zahlen, werden auf eine amtlich veröffentlichte „weiße Liste“ gesetzt. In der Ketten schmiederei hatte sich nun gerade das Streben der Arbeiterschaft nach Veröffentlichung der Löhne darauf gerichtet, sämtliche Arbeitgeber zur sofortigen Zahlung der erhöhten Löhne zu bringen. Dieses Streben hatte auch Erfolg gehabt, und auch der Angeklagte hatte die erhöhten Löhne sofort von der Veröffentlichung an zu zahlen und nicht erst nach Verlauf von sechs Monaten.

Das strenge Urteil zeigt, wie ernst man es in England mit der Verfolgung von Verstößen gegen die gesetzlichen Mindestlöhne nimmt und wie die Rechtsprechung die Beamten darin unterstützt, dem Gesetze Beachtung zu erzwingen.

Die Fortbildungsschule des Berliner Handwerkersvereins, C, Sophienstraße 18, eröffnet am Sonntag, den 1. Oktober ihre Winterkurse in kauf-

männlich-gewerblichen, technischen und elementaren Unterrichtsgegenständen. Der Verein, dessen Bildungsbestrebungen in den weitesten Kreisen bekannt sind, läßt es sich angelegen sein, angeichts der Gefahren, die dem Mittelstande drohen, in einer vertieften allgemeinen, sowie in tüchtiger Berufs- und Fachbildung den Weg zu weisen, auf dem allein dem Mittelstande zu helfen ist. Die Organisation der Schule in aufsteigenden Klassen ermöglicht es, jeden Schüler seinen Vorkommnissen gemäß einzunordnen. Die Erteilung des Unterrichts in halbjahreskurse mit scharf abgegrenzten Zielen hat sich bestens bewährt, so daß Lernende in reiferem, selbst vorgeübttem Alter die fühlbar gewordenen Lücken ihrer Bildung in kürzester Zeit ausfüllen können. Dem weiblichen Geschlecht ist die Teilnahme an allen Kurzen gestattet. In Rücksicht auf einen späteren Geschäftsschluß ist die Unterrichtszeit auf abends von 8 bis 10 Uhr festgesetzt. Der Unterricht im Fachzeichnen findet Sonntags von 9 bis 1 Uhr statt. Unterrichtspläne sind beim Verwalter unentgeltlich zu haben. Anmeldungen können schon jetzt bewirkt werden an der Geschäftsstelle des Vereines Montags, Mittwochs und Sonnabends um 9 Uhr abends.

Gewerkschafts-Teil

A Insterburg. Der hiesige Ortsverband hielt am 11. September eine Sitzung ab, die eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Zunächst berichtete der Vorsitzende über den Stand der Arbeitslosenfrage und sprach die Hoffnung aus, daß die diesbezüglichen Wünsche der Arbeiter erfüllt werden. Scharf kritisiert wurde auch der noch existierende Vaterländische Arbeiterverein, der nichts anderes als eine gelbe Organisation ist, die der Verlauf der Tagung der vaterländischen Arbeitervereine in Dresden deutlich gezeigt hat. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, hielt der Verbandsvorsitzende, Kollege Gieseler, einen interessanten Vortrag über: „Industrielle Arbeiter und Danabund.“ Redner führte aus, daß außer im Gewerkschaftsverband jeder Arbeiter sich auch politisch betätigen müsse, aber selbstverständlich außerhalb der Organisation; denn alle politischen Fragen greifen tief in das Arbeiterleben hinein. Dem Danabund gegenüber hätten die Gewerkschaften lange Zeit eine abwartende Stellung eingenommen, weil die schismatischen Scharfmacher im Präjudiz des Danabundes saßen. Unter diesen Umständen habe die Gewerkschaften des Danabundes gegen die Arbeiterinteressen beeinflusst, den Danabund nach rechts drängen und gegen die Arbeiterforderungen scharfmachen würden. Die Vorgänge der letzten Zeit hätten aber volle Klarheit geschaffen, denn die argsten Scharfmacher hätten dem Danabund den Rücken gekehrt. Das sei eine erfreuliche Erscheinung, die das Mißtrauen gegen den Danabund wesentlich beseitigt hätte. Wenn man auch wohl wisse, daß der Danabund nicht direkt Arbeiterforderungen vertritt, so sei es den Organisationen der Arbeiter denn doch erheblich leichter gemacht, Vorteile zu erringen, wenn der Danabund den Kampf gegen die Bestrebungen des Großkapitalismus führe. Den Ausführungen folgte lebhafter Beifall, ein Beweis, daß der Redner den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

Verbands-Teil

Besammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (G. + D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 20. September. Vortrag des Kol. W. Schumacher. Vollzählige Erscheinung erwünscht. Gäste sind herzlich willkommen. — **Gewerkschafts-Liebertafel (G. + D.).** Jeden Donnerstag abds. 9—11 Uhr, Leitungsfunde i. Verbandshaus, der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste willk.

Orts- und Bezirksverbände.

Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hansen, Sandowstr. 42. — **Düsseldorf (Balkenmischungsstelle).** Jeden Montag, abds. von 9—11 Uhr i. Verbandshaus, Ruffstr. 29. Sitzung. — **Eberfeld - Harzen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 Uhr, Vertretung bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Kufenstr. und Erholungstr. — **Geiseltal (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbände - Vertretung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. — **Harzen b. Wachen.** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abds. 8 Uhr, Diskussionsabend bei Kubewitz. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Diskussionsabend findet Sonntag abds. 1. Monat i. Passage-Ref. Str. Braubankstr. statt. — **Hannover - Linden und Hagenberg (Ortsverband).** Sonntag, 17. Sept., morg. 9 Uhr Auskuffung in der „Königsruhe“, Bühlstr. 12. Kein Vertreter darf fehlen. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poststr., Diskussionsabend. — **Herrnhut (Diskussionsklub).** Jeden Mittwoch 8 Uhr bei Jander, Oststr. — **Herne in Westf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbände - Vertretung bei Wittwe Ruhe, Herne I, gegenüber der evang. Kirche. — **Leipzig (Gewerkschafts - Liebertafel).** Die Besammlungen finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **M. - Gladbach - Rheide (Ortsverband).** Am Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 5 Uhr Ortsverbändeversammlung in M. - Gladbach, Restaurant Schaurte. — **Mülheim - Ruhr.** Jeden 2. Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertretung im Verbandshaus bei Johann Möller, Sandstraße 38. — **Quedlinburg (Ortsverband).** Sonntag, 17. September, nachm. 3 Uhr in Dalc, Gasthof zur „Forelle“. 1. Kommittee Ausschussung. 2. Unfreie Presse. 3. Bauhandwerkerfrage. 4. Desfentliche Mitgliedervertretung. Vortrag des Kollegen Becker - Magdeburg über: „Was muß der Arbeiter über die Reichsversicherungsordnung wissen?“ — **Stettin (Ortsverband)** Sonntag, 17. September, nachm. 3 Uhr Ortsverbändeversammlung bei Senke in Bredow, Vulkanstraße. Vortrag mit nachfolgendem Räzchen. — **Stettin (Sängerkorps der Gewerksvereine).** Die Besammlungen finden jeden Dienstag abds. 8 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Tege (Diskussionsklub für Tege, Borsigwalde und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag abds. von 8 bis 10 Uhr bei Redner, Berlinstr. 38. Gäste willkommen. — **Thorn (Vedner).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsverbändeversammlung bei Krolei, Wauerstr. 62. — **Weißensee a. S. (Gewerkschaftsteilung der Gewerksvereine).** Besammlungen jeden Dienstag, abds. 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Besammlungen der Gewerksvereinskollegen sind willkommen. — **Weißensee (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskussionsabend in Hermanns Garten.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorzeitige Bezahlung angenommen.

Ortsverein der Sonditoren Berlin.
Dienstag, den 19. September, abds. 9 Uhr im Königsbad. Kasino, Holzmarktstr. 72
Vortrag des Kollegen G. Dabrunz: „Nutzen und Zweck des Zentralverbandes der Deutschen Gewerksvereine.“

VEREINS-ABZEICHEN u. STAMPFEL ALLEN ART
liefert den Gewerkschafts-Kollegen billig und schnell
Königsberg, Gravier-Anstalt
Stampel- u. Vereinsabzeichenfabrik
G. TRENNEL, KÖNIGSBERG I. P.
Nicolaisstraße 29.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.—
Wer sich in der Lage zu finden, weil ich ganze Baggel aus Hochschmelzen, Bombardierhütten usw. aufkaufe. Ferner liefere ich 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3.50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk., 100 Stück feine 15 Pfg.-Zigarren für 7.50 Mk., 100 Stück feine 20 Pfg.-Zigarren für 10 Mk.
Ein Betrag führt zu besonderer Rundzahl. — 100 Stück franco — Stationenentfernung nicht unfruchtbar.
Bestand nicht unter 100 Stück. — 88 Zeitl. - Verbandsdr. R. v. C. C. Neue Schwanstr. 27a. — Dezember 1909.

Responsible Redakteur Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: G. O. W. G. u. G. G. G., Berlin W., Potsdamerstr. 110.

Lexikon des Arbeitsrechts
in Verbindung mit
Felix Claus, Hermann
Hog, Hermann Luppe
herausgegeben von
Alexander Eisler.
Verlag von Gustav Fischer
in Jena.
Wer sich rasch über eine
Frage des Arbeitsrechts unter-
richten will findet in diesem
praktischen Lexikon in knapper
Darstellung jede gewünschte In-
formation. Größere Biblio-
theken, Arbeitersekretäre, Sozial-
und Agitationsbeamte der
Arbeiterbewegung sollten sich
in den Besitz des Buches sehen.
Gegen Einzahlung des Kosten-
preises von 4.20 Mk. pro
Exemplar in gutem Einwan-
dungsband erfolgt frankierte Zu-
sendung. Das Geld ist an
unsern Verbandskassierer Rud.
Rein, Berlin NO. 55, Greifswalder-
straße 221/223 zu senden.
Die Bestellung ist auf den
Vorbildschnitt zu schreiben.

**Verbandsdr., Fahnen, Abzeichen, Theater-
abzeichen**
Herrn L. v. C. C. C.
Wilhelm Hamann,
Düsseldorfer, Fahnenstr.

Worms (Ortsverb.). Durch-
reisende, arbeitslose Kollegen erhal-
ten ein Ortsgeheimnis von 75 Pfg.
im Verbandslokal „Zum Rheintal“
(Rheinstr. 4).

**Stollingen, Würtbg. (Orts-
verband).** Als Ortsverbändegehöriger
erhalten durchreisende, arbeitslose
Kollegen 50 Pfg. bei G. Sapper,
Büchsenmacher, Hauptstr. 48.

Erfurt. An durchreisende Kol-
legen wird eine Unterführung von
0,75 Mk. durch den Ortsverbände-
kassierer August Seitzner, Sander-
straße 61, gezahlt.

Ladenscheid. Der Arbeitsnach-
weis sowie Ortsverbändegehöriger
befindet sich beim Sekretär Herrn
Bartel, Kölnstr. 33.

Jauer (Ortsverband). Durch-
reisende Verbandskollegen erhalten
Ortsgeheimnis bei P. Robelt,
Hospitalsplatz 6.